

Hudeczek, Carl

Article — Digitized Version

Die Energieversorgung Chiles

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hudeczek, Carl (1956) : Die Energieversorgung Chiles, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 3, pp. 141-144

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132249>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

problems könnte eine solche Lethargie gegenüber den heimischen Energiequellen allerdings nicht angesprochen werden. Wenn angedeutet wird, die Bundesrepublik folge mit einer solchen Energiepolitik nur dem Vorbild des anderen großen Kohlenlandes Westeuropas, Großbritanniens, so wird dabei doch übersehen, daß die Lage Englands bezüglich der Ölversorgung — und dies gilt auch für die Anwendung der Atomenergie — erheblich anders ist als die der Bundesrepublik.

Volkswirtschaftliche Probleme großer Tragweite müssen mit aller Realistik abgewogen und entschieden werden, wenn es z. B. um die Frage geht, in eine steigende Einfuhrabhängigkeit in der Energieversorgung einzutreten. Der kurzfristige Vorteil, den der Verbraucher in einer besonderen Konjunkturlage durch Energieeinfuhr haben kann, entscheidet nicht über die nur langfristig zu beantwortende Frage, ob es wirtschaftlicher ist, Energie einzuführen oder sie aus heimischen Energiequellen zu gewinnen. Die deutsche Energieversorgung, die auf der Grundlage der Kohle aufgebaut ist und die Möglichkeiten ihrer Veredlung in weitergehendem Maße ausschöpft als andere Länder, ist unter den gegebenen Verhältnissen wirtschaftlicher als eine Versorgung durch Einfuhr in großem Maßstab und wird es sicher auch weiterhin bleiben. Ein Europa, daß seine heimischen Energiequellen vernachlässigen würde, trüge zwangsläufig zur Anspannung an den internationalen Energiemärkten und insbesondere am internationalen Ölmarkt zusätzlich bei und würde die Preissteigerungen für Heizöl, die die Mineralölindustrie aus produktions-technischen Gründen sowieso nicht umgehen kann, verstärken. Neben den zunehmenden deutschen und europäischen Bedarf treten Anforderungen, die wahrscheinlich in ähnlichem Umfang wachsen, aus der übrigen Welt an die Energiemärkte heran. Die Schwierigkeiten, die durch starke Steigerungen der Energieeinfuhr im Zahlungsbilanzausgleich hervorgerufen werden können, dürfen nicht unerwähnt bleiben. Schon bei den heutigen Preisen wären für eine Oleinfuhr von 40 Mill. t, die bereits im Jahre 1965 in Frage käme, wenn die Schätzung Köhns mit schrumpfender Kohlenförderung sich verwirklichte, 3,5 Mrd. DM aufzuwen-

den, und im Jahre 1975 könnte dieser Betrag unter den erwähnten Umständen bereits auf den doppelten Umfang gestiegen sein. Hier zeichnen sich doch Vorgänge ab, die trotz allen Vertrauens auf die Exportkraft der Verarbeitungsindustrie als Erkenntnis der Energieprognose zur Diskussion gestellt werden müssen.

Die internationale Ölindustrie wird den an sie herantretenden Anforderungen, die gewaltige Investitionen in allen Bereichen — von der Prospektion bis zur Verteilung der Fertigprodukte — verlangen, nur genügen können, wenn ihr Bedingungen gewährleistet werden, die dem inländischen Kohlenbergbau seit langer Zeit vorenthalten sind. Die Entwicklung der Investitionen und auch der Beschäftigung, die entscheidenden Voraussetzungen für die Ausweitung der Kohlegewinnung, ist durch die Preisbindung und die in Verbindung damit dem Kohlenbergbau aufgeladene volkswirtschaftliche Verantwortung gehemmt worden. Die internationale Ölindustrie wird die Forderung nach völliger Freiheit zur Ausnutzung der marktwirtschaftlichen Möglichkeiten zur Voraussetzung dafür machen, daß sie eine Energielücke ausfüllen kann.

Die Energieprognose führt mit allen diesen Überlegungen unmittelbar dazu, Lösungen zu suchen, durch die die heimischen Energiequellen in den Stand versetzt werden, einen möglichst großen Anteil zur Deckung des zu erwartenden Mehrbedarfs beizusteuern. Das bedeutet, Maßnahmen abzuschaffen, die einer Steigerung der Steinkohlenförderung im Wege stehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich nicht nur um Maßnahmen auf sehr lange Sicht handelt, die eine Ausweitung der Steinkohlenförderung herbeiführen können. Maßnahmen, die die in der Schätzung von Köhn vorausgesehene Schrumpfung der Förderung verhindern und die „wenig wahrscheinliche“ Steigerung auf 150 Mill. t herbeiführen, sind wesentlich kurzfristigerer Art. In diesem Rahmen betrachtet, beleuchtet die Energieprognose schlagartig die Dringlichkeit der Durchführung des Regierungsprogramms für den Steinkohlenbergbau und die Notwendigkeit, eine Energiepolitik einzuschlagen, die die großzügige Ausbeutung der eigenen Energievorkommen im gesamtwirtschaftlichen Interesse nicht vernachlässigt.

Die Energieversorgung Chiles

Dr. Carl Hudeczek, Wien

Chile ist wie die meisten südamerikanischen Staaten in einem raschen wirtschaftlichen Aufschwung begriffen. Die Deckung des wachsenden Energiebedarfs bildet die Voraussetzung für die Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie und Verkehr und damit eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik in der nächsten Zeit. Der bisherige Energieverbrauch Chiles ist relativ gering; er beträgt auf Kohle berechnet etwa 1800 kg pro Kopf und Jahr. Man schätzt, daß der Energieverbrauch jährlich um 4% zunimmt. Die technischen Möglichkeiten für die Vergrößerung

der Energieproduktion sind vorhanden. Denn Chile besitzt große Kohlevorkommen, sehr erhebliche ausbaufähige Wasserkräfte und bedeutende erdöhlhörige Gebiete. In den letzten Jahren ist die Elektrizitätserzeugung am stärksten gewachsen, ohne allerdings den gestiegenen Bedarf völlig decken zu können. Die Kohleförderung hat in relativ geringerem Ausmaß zugenommen; der Bedarf des Landes konnte aber fast ganz gedeckt werden. Die Erdölgewinnung steht erst am Beginn ihrer Entwicklung. Für den weiteren Ausbau der Energieerzeugung wird die technische Hilfe

des Auslandes sehr wichtig sein. Ein dringendes Problem bildet die Kapitalbeschaffung; nach vorliegenden Berechnungen wären für die nächsten 10 Jahre Kapitalinvestitionen von etwa 300 Mill. \$ für den Ausbau der Elektrizitätserzeugung und den Verteilungsapparat, 100 Mill. \$ für den Ausbau der Erdölindustrie und 20 Mill. \$ für die Steigerung der Kohleförderung erforderlich. Da inländisches Kapital nicht in genügenden Mengen vorhanden ist, wird es nötig sein, auch Auslandskapital heranzuziehen.

Um die Anlage fremden Kapitals zu begünstigen, wurden in der letzten Zeit in Chile wie in den anderen südamerikanischen Ländern besondere Gesetze erlassen, durch die Sicherungen für den Transfer der Zinsen und der Amortisationsquoten des im Lande angelegten Auslandskapitals geschaffen wurden.

Für die Durchführung der Kapitalinvestitionen ist ein „Comite de Inversion Extranjera“ gegründet worden, das unter dem Vorsitz des Wirtschaftsministers steht. Anträge sind an diesen Ausschuß zu richten. Im allgemeinen wird solchen Industrien der Vorzug gegeben, die Devisen erbringen oder sparen oder die unter Verwendung von 80 % inländischer Rohstoffe für den inländischen Markt erzeugen. Aber in der Beteiligung ausländischen Kapitals, insbesondere der großen Erdölgesellschaften, ist bisher noch kein Fortschritt erzielt worden. In Chile wie in Brasilien und bis vor einigen Monaten in Argentinien bestand eine große Opposition gegen die Zulassung fremder Gesellschaften. Die heimischen Interessenten können aber niemals eine entsprechende Entwicklung schaffen; es fehlt hierfür an Erfahrung und genügendem Kapital.

KOHLE

Die Kohleförderung Chiles erreichte 1953 die Menge von 2 336 000 t. Seit der Errichtung des großen Eisen- und Stahlwerkes in Huachipato im Jahre 1951, das im Jahr etwa 600 000 t Kohle verbraucht, werden jährlich 200 000 t nordamerikanische Kohle für Hochofenzwecke zur Vermischung mit der einheimischen Kohle eingeführt. Der Verbrauch des Landes wird bis 1960 auf schätzungsweise 3,3 Mill. t steigen. Für die Vergrößerung der Förderung und die Erschließung neuer Vorkommen werden maschinelle Einrichtungen eingeführt werden müssen.

Die Produktion ist bisher fast gänzlich auf das Gebiet um Concepcion konzentriert. Die dortigen Kohlevorkommen werden auf 500 Mill. t geschätzt. Dort befinden sich die beiden großen Bergwerksgesellschaften „Compania Minera e Industrial de Lota“ und „Compania Carbonifera y de Fundicion Schwager“, die in den 70er Jahren gegründet wurden und sich zu Großunternehmen mit einer Produktion von zusammen jährlich 2 Mill. t entwickelt haben. Die Kohlevorkommen liegen unter der Meeresbucht von Arauco und werden untertage in einer Tiefe von 300—500 m, etwa 30 m unter dem Meeresgrund, abgebaut. Eine Steigerung der Kohleförderung wird durch die Erschließung neuer Vorkommen in Mittelchile angestrebt. Große, bisher wenig genutzte Vorkommen, die auf 400 Mill. t geschätzt werden, befinden sich auch im Süden in Magallanes; allerdings stehen ihrem Abbau technische

Schwierigkeiten entgegen, da diese Kohle infolge ihrer besonderen Weichheit schwer zu transportieren ist; die Herstellung von Briketts ist geplant.

Der Kaloriengehalt der Kohle wird wie folgt angegeben: 7 870 Kalorien für Kohle von Lota und Schwager, 6 270 für Kohle aus Lirquen und Cosmitos, 4 000 für Kohle aus Magallanes. Die Produktionsanlagen sind in den letzten Jahren sehr verbessert worden; die durchschnittliche Arbeitsleistung bleibt allerdings hinter dem internationalen Durchschnitt zurück. Dies ist zum großen Teil durch geologische Besonderheiten der Vorkommen, zum Teil aber auch durch überalterte maschinelle Einrichtungen bedingt.

Für die Steigerung der Kohleförderung besteht eine sichere Bedarfsgrundlage; denn mit dem Wachsen der Industrieproduktion und der Zunahme der städtischen Bevölkerung, die sich in den nächsten 12 Jahren voraussichtlich um 40 % vergrößern wird, wird auch der Verbrauch wesentlich ansteigen. Eine Erhöhung der chilenischen Kohleförderung würde auch die Möglichkeit bieten, Kohle in das benachbarte Argentinien auszuführen, das seinen Bedarf nicht annähernd durch eigene Produktion decken kann.

ELEKTRIZITÄT

Die Elektrizitätserzeugung hat in den letzten Jahren um durchschnittlich 8 % zugenommen, blieb aber hinter dem steigenden Bedarf zurück, so daß in den beiden wichtigsten Provinzen Santiago und Valparaiso im Winter Rationierungsmaßnahmen notwendig waren.

Chile ist außerordentlich reich an hydroelektrischen Energiequellen, die große Möglichkeiten für den Bau von Kraftwerken bieten. Die nutzbaren Wasserkräfte werden auf 12 Mill. kW geschätzt, wovon bisher nur etwa 4 % tatsächlich genutzt werden. Die installierte Leistung betrug 1952 478 000 kW, die Produktion 1 960 Mill. kWh gegenüber 212 000 kW bzw. 1 199 Mill. kWh im Jahre 1947. Die thermische Elektrizität deckt etwa 42 % der Energieproduktion; für die Erzeugung in den Wärmekraftwerken ist die Vergrößerung der Erdölproduktion von großer Bedeutung. Das Hauptgewicht wird aber in Zukunft den Wasserkraftwerken zukommen.

Installierte Leistung und Elektrizitätserzeugung (in kW bzw. Mill. kWh)

Jahr	Öffentliche Kraftwerke	Kupfer- u. Salpetergruben	Sonstige Industrien	Gesamtleistung	Erzeugung
1940	180 000	225 000	22 500	427 600	1 962
1952	417 000	262 000	105 000	784 000	3 200

Die Verwaltung der staatlichen öffentlichen Kraftwerke liegt seit 1943 in Händen der „Empresa Nacional de Electricidad S.A. (ENDESA)“, die eine Tochtergesellschaft der staatlichen Industrieförderungsgesellschaft „Corporación de Fomento“ ist. 1953 betrug ihre Erzeugung 710 Mill. kWh. Der größte private Produzent für das öffentliche Netz ist die „Compania Chilena de Electricidad Ltda.“, die ursprünglich mit ausländischem Kapital gegründet wurde; sie erzeugte im Jahre 1953 762 Mill. kWh. Ferner bestehen andere kleine Unternehmungen, wie die „Compania General de Electricidad Industrial“ und die „Empresa Nacional de Fuerza Electrica“, die zum Teil den Norden und den Süden versorgen.

Zahlreiche größere chilenische Industrieunternehmen besitzen eigene Kraftstationen. Die großen Bergwerksunternehmen erzeugen Strom in eigenen Wärmekraftanlagen, die in den letzten Jahren eine installierte Leistung von rund 260 000 kW hatten.

Der Verbrauch Chiles ist im Vergleich zu den europäischen Staaten klein, er betrug 1952 nur 540 kWh pro Kopf gegen 1 700 kWh in der Schweiz. Bei einer angenommenen Erhöhung des Bedarfs um jährlich 7% müßte die installierte Leistung bis 1964 um 800 000 auf 1,6 Mill. kW verdoppelt werden. Neuanlagen sind im Bau, und zwar mit einer installierten Leistung von 93 000 kW bis Ende 1955 und 120 000 kW bis Ende 1957.

Der Ausbau der Elektrizitätswirtschaft erfährt besondere staatliche Förderung. Der Staat hat in der Zeit seit 1940 für die Einfuhr von Maschinen rund 42 Mill. \$ zur Verfügung gestellt, ferner wurden im Anleiheweg 11 Mill. \$ von der nordamerikanischen Export-Importbank und 13,5 Mill. \$ von der Weltbank gewährt. Für die geplante Vergrößerung der installierten Leistung um 800 000 kW bis 1964 und den Ausbau des Netzes würden etwa 300 Mill. \$ erforderlich sein, davon 100 Mill. für die Einfuhr elektrischer Maschinen und Ausrüstungen und 200 Mill. für den Aufwand im Inland.

Die Elektrifizierung der Eisenbahnen ist bisher auf kurze Strecken mit stärkster Verkehrsbelastung beschränkt, und zwar von Santiago nach Valparaiso mit einer Abzweigung zur argentinischen Grenze. Es bestehen Pläne, die Strecken von Santiago bis nach Chillan und von Santiago nach dem Hafen Cartagena mit einer Gesamtlänge von 860 km zu elektrifizieren. Allerdings müßte ein Großteil der Installationen aus dem Ausland bezogen werden, was mit hohen Devisenausgaben (etwa 40 Mill. \$) verknüpft wäre. Bei dem Mangel an Auslandskapital kommt diesem Plan daher geringere Aktualität zu.

ERDÖL

Der Ausbau der Erdölindustrie in Südamerika steht erst am Anfang. Eine Ausnahme bildet Venezuela, das dem nordamerikanischen Kapital freie Betätigungsmöglichkeit bot und dadurch zu einem der größten Erdölproduzenten wurde. Die anderen Staaten haben versucht, den Ausbau der Erdölgewinnung ohne fremde Hilfe durchzuführen, wobei der Gedanke vorwaltete,

man solle dem ausländischen Kapital nicht die Ausbeutung einheimischer Schätze gestatten. Da die technischen Erfahrungen fehlten und das erforderliche Kapital knapp war, ist der Ausbau über kleine und mittlere Anfangserfolge nicht hinausgekommen, und anstatt ihre reichen Quellen zu erschließen, haben diese Staaten bisher unverhältnismäßig große Beträge für die Einfuhr von Erdölprodukten bezahlen müssen. In Brasilien und Argentinien sind um die Gegensätze in der Heranziehung der großen Weltproduzenten innenpolitische Kämpfe entbrannt. Auch in Chile trägt man sich mit dem Gedanken, die Ausbeutung der Erdölquellen endlich fremdem Kapital zu übertragen. Nach der gegenwärtigen gesetzlichen Lage ist das chilenische Erdöl staatliches Eigentum. Mit der Gewinnung und dem Verkauf von Erdöl sowie mit der Raffination wurde die im Jahre 1951 gegründete staatliche Gesellschaft „Empresa Nacional del Petroleo de Chile (ENAP)“ in Santiago betraut. Die notwendigen Mittel erhielt sie von der staatlichen Industrieförderungsgesellschaft „Corporación de Fomento“; bis Ende 1952 wurden 27,9 Mill. \$ und 878 Mill. Pesos investiert.

Die erdölhöffigen Gebiete Chiles befinden sich hauptsächlich im Süden im Gebiet von Magellanes. Die dortigen Vorkommen werden nach den bisherigen Untersuchungen auf 35 Mill. Barrels geschätzt. Im Jahre 1945 wurden die ersten Bohrungen fündig. Die durchschnittliche Bohrtiefe schwankt zwischen 2 200 und 2 300 m. Bis 1953 waren 122 Bohrungen niedergebracht, von denen 53 auf Erdöl und 25 auf Gas fündig waren; 44 Bohrungen waren Fehlbohrungen. Gegenwärtig arbeiten im Auftrag der ENAP 4 geologische, 3 gravimetrische und 2 seismographische Kommissionen in der Provinz Magellanes.

Erdölförderung 1950—1953

(in 1000 t)

Jahr	Förderung	Jahr	Förderung
1950	90,0	1952	130,0
1951	108,5	1953	180,0

Bisher wurde das in Chile gewonnene Rohöl mangels inländischer Raffiniermöglichkeiten nach Uruguay exportiert und dort raffiniert. Die Ausfuhr des Rohöls erbrachte 3 Mill. \$ jährlich, andererseits war Chile gezwungen, seinen Bedarf an Erdöl und Erdölprodukten durch Importe zu decken, wofür jährlich 35 Mill. \$

BRISK

FRISIERCREME

hält Ihr Haar in Form!

ausgegeben wurden. Bei dem wachsenden Bedarf muß mit einer Verdoppelung in den nächsten 8 Jahren gerechnet werden.

Im Jahre 1954 wurde daher in Concon bei Valparaiso eine große Erdölraffinerie mit einem Aufwand von 8 Mill. \$ und 300 Mill. Pesos errichtet. Die Raffinerie kann 370 000 t Benzin, 5 000 t Kerosin, 100 000 t Dieselöl und 120 000 t Heizöl liefern. Mit diesen Mengen, für die das Rohprodukt allerdings bisher zum größten Teil eingeführt werden muß, könnte der Konsum des Landes gedeckt werden, abgesehen von dem

großen Verbrauch der Kupfer- und Salpeterwerke, die das von ihnen benötigte Erdöl selbst importieren und mit eigenen Devisen bezahlen.

Die vorhandenen erdölhöffigen Gebiete berechtigen zur Erwartung, daß Chile sich von der Erdöleinfuhr unabhängig machen kann. Eine Voraussetzung hierfür wäre, daß ausländische technische Erfahrungen und ausländisches Kapital herangezogen werden, da es kaum möglich erscheint, die großen Kapitalien, die für den zweckmäßigen Ausbau der Erdölindustrie notwendig sind, im Lande aufzubringen.

Das Wirtschaftsbild Ostafrikas, Rhodesiens und Nyassalands

Erich Bendheim, Johannesburg

V. Die Föderation Rhodesien / Nyassaland

Der im September 1953 erfolgte Zusammenschluß der Gebiete Nordrhodesien, Südrhodesien und Nyassaland zu einem zentralafrikanischen Staatenbund, dem die offizielle Bezeichnung „Federation of Rhodesia and Nyassaland“ verliehen wurde, gestaltete sich zu einem historischen Ereignis von politischer und wirtschaftlicher Tragweite. Es wäre abwegig, die Tatsache zu leugnen, daß politische Motive für die Gründung der Föderation mitbestimmend waren. Von der Warte des britischen Commonwealth gesehen, mußte der Schaffung strategischer Stützpunkte in einem Lande mit so exponierter geographischer Lage eine primäre Bedeutung zukommen. Dieses zukünftige Dominion bildet eine Art Pufferstaat zwischen den Nationalbewegungen der Farbigen Britisch-Ostafrikas und der in einer abstrakten Apartheid verkrampften Südafrikanischen Union. Trotz des Vorhandenseins keineswegs unwesentlicher politischer Aspekte, denen das Zeitalter des Anti-Kolonialismus sein Gepräge verlieh, war die Entstehung des Staatenbundes aber in erster Linie auf ökonomische Erfordernisse zurückzuführen. De facto fehlte vor allem Südrhodesien und Nyassaland die wirtschaftliche Existenzberechtigung als individuelle Staatengebilde.

Die bedeutsamen Leistungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die alle drei Länder in den Nachkriegsjahren 1946—1951 vollbracht hatten, wirkten sich in einem gesteigerten Außenhandelsvolumen, in erhöhter Erzeugungskapazität, einem rapiden Anwachsen des staatlichen Ausgaben-Etats und nicht zuletzt in den Bevölkerungsziffern aus. Diese erstaunliche Entwicklung, die innerhalb eines knappen Jahrhunderts der westlichen Welt neue Rohstoff- und Wohlstandsquellen erschloß, konnte nicht ohne vielfache Störungen bleiben. Es war daher nicht überraschend, daß sich gerade in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, in den Jahren konstanter Kapitalverknappung auf den internationalen Geldmärkten, Schwierigkeiten einstellten, die von Rhodesien und Nyassaland nicht ohne weiteres überwunden werden konnten. Charakteristisch für die krisenhafte Lage der südrhodesischen Staatsfinanzen, die 1951 ihren Kulminations-

punkt erreichte, war die ungünstige Gestaltung der Zahlungsbilanz. Sowohl im Warenhandel wie in den Dienstleistungen ergaben sich Defizitsalden, die auch durch eine kurz- und langfristige Kapitalbewegung nicht ausgeglichen werden konnten. Eine exakte Analyse der Zahlungsbilanzen Nyassalands wurde durch die Unzulänglichkeiten der statistischen Erfassung erschwert. Aber auch hier war nach der amtlichen Bilanzaufstellung, die freilich bis zu einem gewissen Grade auf Schätzungen beruhte, ein Defizit zu verzeichnen.

Nordrhodesien hingegen erfreute sich einer aktiven Außenhandelsbilanz, zumal seit Beginn der Korea-Krise und dem Einsetzen der „stockpiling“-Aktionen in den USA ein Anziehen der Nachfrage nach strategischen Rohstoffen, vor allem nach Kupfer, zu verzeichnen war. Die Kupferausfuhren wiesen sowohl mengen- wie wertmäßig eine von Jahr zu Jahr stärker in Erscheinung tretende Steigerung auf. Die Salden für Dienstleistungen und Transferierungen von Dividenden, Abgaben und Gewinnen nach Übersee gestalteten sich jedoch defizitär, bis letztere durch Verlegung des Sitzes der Bergwerksgesellschaften von England nach Rhodesien in Fortfall gelangten. Trotz der günstigen Lage der Zahlungsbilanz war man sich aber auch in Nordrhodesien durchaus der Tatsache bewußt, daß die Hausse in Kupfer und anderen Grundstoffen nicht „ad infinitum“ anhalten könne. Erwägungen, daß für den Fall einer Erschöpfung der Erzreserven und der damit verbundenen Schrumpfung der bergbaulichen Förderung ein Ausgleich durch verstärkte Produktion anderer Landeserzeugnisse geschaffen werden müsse, veranlaßten die Verwaltung, nach anfänglichem Zögern dem Zusammenschluß zuzustimmen.

Durch die Gründung des Staatenbundes bewegen sich die Gesamterträge im föderalen Haushalt auf einer weit breiteren Basis, als dies bei den getrennten Territorien jemals der Fall hätte sein können. Da die Einnahmen aus Steuern und Abgaben durch die Vielfältigkeit der Produktionsarten nicht mehr wie zuvor jeder Konjunkturschwankung unterliegen, kann eine